Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 293 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt 4,50 M durch die Boten 5,40, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 5,40 Mark. | Halver Dienstag, den 16. Dezember. | Anzeigen-Preis die einspaltige Nonpareillezeile o. d. Raum 30 Pfg., auswärts 35 Pfg., Reklamezeile 1,5 Mk., Teuerungszuschlag 20 Proz. bei Aufnahme in unseren sämtl. Lokalausgaben ... gung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | 20. Jahrgang

Randbemerkungen.

Es gibt Leute, die ein Buch, das sie lesen, mit einem besonderen Umschlag versehen, es ängstlich vor dem Abgegriffenwerden behüten, es möglichst unberührt in seinem Aussehen erhalten wollen. Andere wiederum zerlesen ihre Bücher, unterstreichen jeden Satz, der ihnen gefällt, versehen andere Stellen mit Fragezeichen und bedecken die Seiten mit Bleistiftnotizen. Der geistige Arbeiter, der Gelehrte, der Staatsmann, der Großindustrielle gehört im allgemeinen zu den Letzteren. Was er liest, das ist für ihn nicht gute Stube mit Schonern und Häkeldeckchen, sondern Gebrauchsgegenstand; er verarbeitet das Gelesene sofort.

Zu diesen Leuten gehörte auch Kaiser Wilhelm II., gehörten auch seine Vorgänger bis zu dem Alten Fritz und dessen Vater hinauf. Aber ihre Randbemerkungen auf Büchern, auf Zeitungen und Zeitschriften, auf Akten und Berichten dienen nicht nur der eigenen inneren Befreiung, sondern haben auch noch einen anderen Zweck. Sie sind durch den Monarchenberuf, der manchmal schwerer als der des Schauspielers ist, erzwungen.

Solch ein hoher Herr muß sein Gesicht immer in stereotype Form zwängen, gleichmäßig ernst oder freundlich sein, denn überall lauert der Momentphotograph, überall zum mindesten sind indiskrete Blicke auf ihn gerichtet. Er kann sich nie ganz so geben, wie er möchte, nie sich loslassen. Daher atmete Wilhelm II. eigentlich auch nur auf den Reisen an Bord seiner Jacht mitten auf hoher See auf oder allenfalls in dem stillen Cadinen am Frischen Haff. Noch mehr als die Mienen muß ein Herrscher seine Worte im Zaum halten, soweit sie für die Oeffentlichkeit erreichbar sind. Meist werden sie ihm ja vorgeschrieben. Das berühmte und berüchtigte Telegramm des Kaisers an den Burenpräsidenten Krüger war ein Staatsakt, war von der Regierung Hohenlohe-Marschall ihm vorgelegt und gegen seinen Willen abgegangen. Das ist nur eines der vielen Beispiele. Jede Rede zur Begrüßung etwa eines fremden Staatsoberhauptes auf deutschem Boden wurde dem Kaiser von dem verantwortlichen Staatsmann im Wortlaut vorgeschrieben, war also niemals eine persönliche impulsive Handlung. So könnte es nun kommen, daß die Nachwelt und die Geschichte ein ganz falsches Bild eines Herrschers und seiner persönlichen Ansichten erhält, weil sie Staatsakte für seine persönlichen Akte nimmt; da aber seit Jahrhunderten alles, was die preußischen Könige an Randbemerkungen von sich geben, stets gesammelt und in dem Staatsarchiv aufbewahrt wird, haben wir in ihnen eine wichtige, mitunter die einzige Quelle der Erkenntnis. In diesen Randbemerkungen schreit der Mensch auf, nicht der konstitutionelle Monarch. Der Monarch hält eine schwülstige Rede zur Begrüßung seines Onkels Eduards VII. und rühmt dessen Verdienste um die Erhaltung des Friedens, der Mensch in ihm aber schreibt an den Rand eines Zeitungsberichtes über die Festtafel vielleicht: Der englische Schuft will uns doch bloß einkreisen!

Verschiedene Beamte an vier Immediatstellen des Reiches und Preußens waren damit beschäftigt, sämtliche Randbemerkungen des Kaisers, und wenn es sich auch nur um irgendeine eilig im Lichtgespräch auf die Rückseite einer Menükarte hingekritzelte technische Zeichnung handelte, zu registrieren und unter Verschluß des Königlichen Staatsarchivs zu bringen. Keine Zeile verfiel dem Papierkorb, kein Wort kam in unberufene Hände. Manchmal hatten aber die Randbemerkungen noch einen besonderen Zweck. Wenn dem Kaiser von irgendeinem Ministerium ein Bericht oder ein aufgeklebter Zeitungsausschnitt zuging (und Wilhelm II. hatte täglich im Durchschnitt 110 solche Sachen durchzuarbeiten), so geschah das nicht immer persönlich, denn selbst 24 Stunden täglich reichen nicht aus zu über hundert ausführlichen Gesprächen in Rede und Gegenrede. Dieser Minister bekam nun das Aktenstück, mit schnellen Randbemerkungen des Kaisers bedeckt, wieder, und konnte daraus, ehe es ins Staatsarchiv ging, entnehmen, ob der Kaiser die Eingabe oder was es war, verstanden hatte oder ob kaiserlicher Widerspruch eine erneute Erklärung nötig machte. Aber nie und nimmer kam solch ein Bogen mit Randbemerkungen des Herrschers in andere Hände.

Erst die Revolution brachte sie in die Oeffentlichkeit. Jede Randbemerkung des Kaisers aus den Monaten vor Kriegsausbruch ist veröffentlicht. Wenn jeder private Brief, jede Notiz, jeder Gedanke sogar von uns (und es waren hier die innersten Gedanken des Kaisers) einst veröffentlicht werden würde, was würde da wohl herauskommen? Hat es 1914 bei uns überhaupt Leute gegeben, die Sir Edward Grey nicht für einen ausgepichten Halunken und die serbischen Königsmörder nicht einer exemplarischen Strafe für wert hielten?

Aber trotz allem, trotz der vollkommenen Offenheit der Randbemerkungen, die gerade deshalb so offen waren, weil ihr Urheber wußte, daß sie nie in weitere Kreise kommen durften, ist die Veröffentlichung für manche Leute nicht das geworden, was sie erhofften. Alle diese Randbemerkungen sind, das muß besonders festgestellt werden, Meinungsäußerungen, nicht Willensäußerungen. Nicht eine ist ein Befehl. Aus ihnen allen geht mit Deutlichkeit hervor, daß dieser Kaiser als konstitutioneller Herrscher seine Erkenntnis den Vorschlägen des verantwortlichen Kanzlers v. Bethmann Hollweg unterordnete; geht ferner hervor, daß der Kaiser wohl den europäischen Gefahrenherd Serbien ausgelöscht zu sehen wünschte und an Oesterreich nicht treulos werden wollte, daß er aber bis zum letzten Augenblick dafür gerungen hat, unserem Volke und Europa den Frieden zu erhalten. So werden die Randbemerkungen zu einer ungewollten Verteidigung des alten Deutschlands. Was übrig bleibt, das ist allerdings die Tatsache, daß wir wohl die ungewandtesten Diplomaten und Staatsmänner der ganzen Welt besaßen. Man könnte sagen: an deren Auswahl sei der Kaiser schuld. Andere werden erwidern, daß schon der Kanzler v. Bethmann dem Kaiser — das war in den Novembertagen von 1908 erzwungen worden — von dem Fürsten Bülow aufgenötigt worden ist. Und der Zeitgenosse von heute fragt sich, ob denn nun wirklich heute, wo alles anders geworden ist, wir die überragenden Staatsmänner besitzen. Wir haben offenbar keine; weder 1914 noch 1918. Denn in jedem Menschenalter werden Bismarcks geboren.

Germanicus.

Deutsche Nationalversammlung.

(128. Sitzung.) *CB.* Berlin, 12. Dezember.

Dem Herkommen gemäß wurden heute zuerst verschiedene kleine Anfragen erledigt. Eine von ihnen verdient nähere Beachtung. Der Abg. Dr. Mittelmann (Deutsche Vp.) wünscht Auskunft darüber, was die Reichsregierung angesichts der erneuten

völkerrechtswidrigen Ostseeblockade

und ihren schweren Schädigungen der deutschen Arbeiterschaft zu tun gedenke, und ob die Regierung auch mit den beteiligten neutralen Staaten in Verbindung getreten sei. Darauf antwortete der

Reichsminister des Äußern, Müller: In den letzten Tagen sind einige Erleichterungen in der Sperre erreicht worden. Die eingebrachten deutschen Schiffe sind frei gegeben worden. Der Verkehr ist im beschränkten Umfange wieder aufgenommen. Seit dem 17. v. Mts. sind Freifahrtsscheine nicht mehr erteilt worden. Die schweren wirtschaftlichen Folgen werden voll gewürdigt. Auch die schwedische Regierung beschäftigt sich mit der Angelegenheit. Die Blockade soll sofort aufgehoben werden, sobald die Räumung des Baltikums völlig beendet ist. Mit den beteiligten neutralen Staaten ist die Reichsregierung selbstverständlich in Verbindung getreten.

Hierauf ging man zur ersten Lesung des Gesetzentwurfes über die Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Reichsanwälte und Gerichtsvollzieher über. Reichsjustizminister Schiffer empfahl die Vorlage, bei der es sich um einen Ausgleich zwischen den Interessen der Reichsanwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben und den Interessen des Publikums, dem die Rechtspflege nicht so sehr verteuert werden darf, handle.

Abg. Luttmann (Deutschnat. Vp.) teilte mit, daß Abgeordnete von fünf Parteien zu einer interfraktionellen Besprechung sich zusammengefunden haben und eine weitere Erhöhung der Gebühren vorschlagen. Der Redner schilderte die Not des Anwaltstandes. Man dürfe die großen Einkünfte einiger weniger Anwälte nicht verallgemeinern. Nachdem noch der Abg. Hansmann (Dem.) und der Justizminister Schiffer gesprochen hatten, wurde die Vorlage in allen drei Lesungen mit dem Erhöhungsantrag Luttmann angenommen. Es folgte die erste Lesung des Gesetzes über die

Eisenbahnaufsicht und die vorläufige Regelung der Luftschiffahrt.

Nach dem ersten Gesetz wird die Reichsaufsicht über die nicht vom Reiche verwalteten Eisenbahnen vom Reichsverkehrsminister ausgeübt. Durch das zweite Gesetz wird die Reichsregierung ermächtigt, die Bearbeitung der die Luftfahrt betreffenden Angelegenheiten dem Reichsverkehrsminister zu übertragen. Nachdem der Reichsminister Dr. Bell beide Vorlagen empfohlen hatte, wurden sie in allen drei Lesungen angenommen.

Sodann wurde der Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit und Strafminderung in Disziplinarsachen dem Ausschuß überwiesen. Endlich wurde das Gesetz über die Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Damit schloß die Sitzung.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ **Der Reichspräsident und die Regierungskrise in Preußen.** Über die schwebenden Schulfragen in Preußen werden unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert Verhandlungen eingeleitet, um den Versuch einer Verständigung über die schwebenden Meinungsverschiedenheiten zu machen. Vom Zentrum nehmen an diesen Verhandlungen teil die Abgg. Trimborn, Dr. Spahn, Dr. Porsch, Herold und Dr. Lauscher.

+ **Gerichtsverfahren gegen Kriegsverbrecher.** Der Reichsrat hat einen Gesetzentwurf angenommen, der die Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vorsieht. Im Auslande, so heißt es in der Begründung, namentlich in den Ententeländern, seien Zweifel geäußert worden, ob die deutsche Regierung mit der nötigen Tatkraft gegen Straftaten vorgehen werde, die von Deutschen gegen feindliche Staatsangehörige, namentlich auch im besetzten Auslande, begangen worden sind. Es erscheine der Regierung aus politischen Gründen zweckmäßig, vor aller Welt klarzustellen, daß diese Zweifel unbegründet seien. Darum schlage der Gesetzentwurf vor, alle diese Taten der Zuständigkeit des Reichsgerichts zu unterstellen und den Oberreichsanwalt zu verpflichten, wegen solcher Verbrechen auch dann einzuschreiten, wenn sie im Ausland begangen sind, während bisher nach dem Deutschen Strafgesetzbuch für im Ausland begangene Straftaten kein Verfolgungszwang bestand.

+ **Noskes „Haftlisten".** Von unabhängigen Abgeordneten wurde folgende kleine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: „In dem Mordprozeß Marloh machte der Hauptmann Schwabacher als Zeuge unter seinem Eide das Eingeständnis: „Meines Erachtens trägt an der Erschießung der Matrosen in der Französischen Straße der Noske-Erlaß die Schuld. Wie weit die Regierung ging, illustriert der Fall der Haftlisten, welche kurz vor dem Versailler Frieden aufgesetzt wurden. In diesen Haftlisten setzte sich der Reichswehrminister Noske über die Immunität der unabhängigen Abgeordneten hinweg, weil der Minister die Absicht hatte, gegen die Unterzeichnung des Friedens zu stimmen. Da es sich um einen Eventualbefehl handelte und der Minister nachher für den Frieden stimmte, sind die Haftlisten nicht in Kraft getreten, aber ihre Aufstellung ist überaus bezeichnend. So war es in zahlreichen Fällen." Inwieweit und seit wann ist die Regierung über dieses Vorgehen des Wehrministers Noske unterrichtet? Was gedenkt die Regierung zu tun, um die gefährdete Immunität der Mitglieder der Nationalversammlung, sowie Freiheit und Leben schuldloser Staatsbürger sicherzustellen?"

+ **Entlassung des Obersten Reinhard.** Nach einer amtlichen Mitteilung ist Oberst Reinhard aus der Reichswehr ausgeschieden und mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt worden. Über die Bewertung des Obersten und die mutmaßlichen Gründe für seine Entlassung schreibt die anscheinend gutunterrichtete Germania folgendes: „Es ist ein tragisches Geschick, daß Oberst Reinhard, dem wir zum großen Teil die Niederkämpfung der Spartakisten zu verdanken haben, infolge der Zeugenaussagen im Marloh-Prozeß über die Erschießung der 29 Angehörigen der Volksmarinedivision seinen Abschied aus der Reichswehr nehmen soll. Was wäre wohl aus Berlin geworden, wenn er damals nicht so resolut vorgegangen wäre? Eine Schuld an der Massenexekution trifft ihn übrigens nicht. Man darf bei den Auseinandersetzungen über diese Vorgänge und vor allem gegenüber den gut geheuchelten Entrüstungen der „Freiheit" nicht vergessen, daß noch Hunderte von Spartakisten in Berlin und sonstwo herumlaufen, mit denen wegen ihrer Beteiligung an den Aufständen auch noch abzurechnen wäre. Es wäre gar nicht schwer, sie zu ermitteln."

+ **Sieben Milliarden Reichseinkommensteuer.** Der Reichsfinanzminister hat der Nationalversammlung eine Ertragsberechnung für eine Reichseinkommensteuer von physischen Personen als Anlage zum Reichseinkommensteuergesetzentwurf zugehen lassen. Die Ertragsberechnung ist aufgebaut auf der preußischen Einkommensteuerveranlagung für das Rechnungsjahr 1918. Dabei ergibt sich für Preußen ein Einkommensteuerertrag von 5,2 Milliarden Mark; nach dem Verhältnis der Bevölkerungsziffern von 5 : 8 würde sich danach der Gesamtertrag für das Reich auf 8,4 Milliarden Mark berechnen. Werden hiervon ein Zehntel als auf die verlorenen Gebiete entfallend abgesetzt, so ergibt sich ein wahrscheinlicher Betrag von 7,576 Milliarden Mark. Unter Berücksichtigung aller Umstände kann danach für normale Zeiten der Ertrag der Reichseinkommensteuer auf rund sieben Milliarden veranschlagt werden.

+ **Das Fragerecht im Untersuchungsausschuß.** Der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung erledigte die Fragen, die durch das Verhalten des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich bei seiner Vernehmung aufgeworfen worden waren. Der Ausschuß beschloß mit allen gegen zwei Stimmen zu erklären, daß jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses Fragerecht habe und infolgedessen auch jede Auskunftsperson die Antwortpflicht jedem Ausschußmitglied gegenüber zu erfüllen habe. Im übrigen beschloß der Ausschuß, daß er in seiner Vollversammlung nicht als Beschwerdeinstanz für Einsprüche gegen Entscheidungen des Unterausschusses angerufen werden könne. Jeder Unterausschuß hat selbständig über die etwaigen Einsprüche von Auskunftspersonen oder Sachverständigen zu entscheiden.

Deutsch-Österreich.

x **Tirol fordert Anschluß an Deutschland.** Im Tiroler Landtag wurde ein Antrag eingebracht, der Tiroler Landtag wolle beschließen, den Landtag und die Landesregierung zu beauftragen, zur Rettung des Landes vor dem gänzlichen Zusammenbruch sofort mit der Staatsregierung in Wien Verhandlungen einzuleiten, damit diese beim Obersten Rat in Paris erwirke, daß Tirol mit dem Deutschen Reiche zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet zusammengeschlossen werde. Der Antrag wurde, nachdem jede Partei eine Erklärung abgegeben hatte, einstimmig angenommen.

Aus In- und Ausland.

München. Der vom Volksgericht zu längerer Festungshaft verurteilte russische Kommunistenführer Axelrod ist nach Berlin geschafft worden, um gleichzeitig mit Radek ausgetauscht zu werden.

London. Der persische Minister des Äußeren teilte dem Generalsekretär des Völkerbundes mit, daß die persische Regierung ihren Beitritt zum Völkerbund erklärt.

Preußische Landesversammlung.

Schuldebatten.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung 1,20 Uhr.

Die zweite Beratung des Haushalts des Kultusministeriums wird fortgesetzt beim Abschnitt Provinzialschulkollegien, Prüfungsämter, Höhere Lehranstalten. — Abg. Hennig (U. S.): Ich empfehle unseren Antrag, nach welchem die Inhaber von Privatschulen verpflichtet sind, die Genehmigung zum Weiterbetrieb nach den Bestimmungen der Reichsverfassung nachzusuchen. — Ministerialdirektor Jahnke: Beim Ausbau der Einheitsschule sollen die verschiedenartigen Begabungen Berücksichtigung finden. Auf die körperliche Ausbildung ist besonders Wert zu legen. Das Berechtigungswesen ist ein grober Unfug. (Sehr richtig!) Mit der Schule an sich hat es überhaupt nichts zu tun. Besonders schwierig ist die Lage der Studienassessoren, die durch jahrelanges Warten erbittert sind. Hier müssen wir helfen. Die Studienreferendare sollen möglichst bald eingestellt werden. Die Schulen sollen unser Volk einer besseren Zukunft entgegenführen. (Beifall.) — Abg. Schümel (Dem.): Dem soeben entwickelten Programm bringen wir unser Vertrauen entgegen. Das humanistische Gymnasium behält seine Bedeutung, darf aber kein Uebergewicht haben. (Sehr richtig links.) An Orten ohne höhere Mädchenschulen muß den Mädchen der Besuch der höheren Knabenschulen gestattet werden. — Abg. Grebe (Zentr.): Wir treten ein für den Aufstieg der Begabten. Der neunjährige Lehrplan für höhere Lehranstalten ist beizubehalten. Die Eigenart unserer Gymnasien wollen wir erhalten. — Abg. Frau Wegscheider (Soz.): Der Direktor sollte von der Lehrerkonferenz gewählt werden. Das Experiment mit den Elternräten müssen wir wagen. Der Religionsunterricht sollte nicht auf die Dauer Prüfungsfach bleiben. — Abg. Dr. Hoffmann-Kattowitz (D. Nat.) verliest eine Erklärung seiner Partei zur Einheitsschule. Wir sind bereit, mitzuarbeiten. Das Recht des Elternhauses muß aber gewahrt werden. Die Ansprüche an die Schüler dürfen nicht zu milde gestellt werden. Faulheit können wir nicht dulden. Eine Torheit ist, Kinder dem Handwerk zu entziehen, um sie der Universität zuzuführen. Das ist bei der Ueberfüllung der Gelehrtenberufe besonders bedenklich. — Abg. Dr. Weil (U. S.): Die Oberlehrer tragen ein gutes Teil Schuld an der jetzigen Not unseres Landes. Was war es für eine Roheit der Gesinnung, zur Bildung von Freiwilligenregimentern für Flandern aufzurufen? (Leb-

haftes wiederholte Zurufe rechts und große Unruhe.) Ein siegreicher Krieg, wie Sie (nach rechts) ihn sich dachten, wäre ein Unglück für das deutsche Volk gewesen. (Lebhafter Widerspruch rechts, Zurufe: Dann hätten wir Brot.) — Abg. Dr. Bölitz (D. Vp.): Die Taten unserer Jugend bei Ypern stellen eine der glänzendsten Taten des Krieges dar. Nicht scharf genug können wir das abfällige Urteil des Vorredners zurückweisen. Schulstreiks verurteilen wir. Man sollte aber nicht drakonisch vorgehen. — Abg. Baumeister (Soz.): Jeder muß zum staatsbürgerlichen Gedanken erzogen werden. Wir fordern das deutsche Gymnasium. Die Religion ist freiwilliges Lehrfach, nicht aber ein Pflichtfach. Der Moralunterricht darf nicht nur in hergesagten Lehrformen bestehen.

Freitag 11 Uhr Fortsetzung.

Kompromiß in der Schulfrage?

Über die schwebenden Schulfragen in Preußen werden laut „Germania" unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten heute Verhandlungen eingeleitet, um den Versuch einer Verständigung über die schwebenden Meinungsverschiedenheiten zu machen. — Das „Berliner Tageblatt" glaubt, das Zentrum werde trotz allem eine Regierungskrise zu vermeiden suchen; es werde vorschlagen, die Entscheidung bis zur Vorlage des Reichsschulgesetzes zu vertagen und bis dahin die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen beizubehalten.

Preußische Landesversammlung.

Hänisch über den Schulkonflikt.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 2,20 Uhr.

Die zweite Beratung des Staatshaushalts wird beim **Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung** fortgesetzt und zwar beim Kapitel höhere Lehranstalten. Minister Hänisch: In das Ministerium habe ich bereits eine Frau als Hilfsarbeiterin berufen, und wenn sich die Gelegenheit bietet, steht auch nichts entgegen, daß eine zunächst als Hilfsarbeiterin berufene Frau zum vortragenden Rat ernannt wird. Die Oberlehrer mögen ruhig politisch größtenteils anders denken, als ich, aber das, worauf es ankommt, ist, daß ein gegenseitiges Vertrauen hergestellt wird und daß die Oberlehrer die Schüler nicht mit Mißtrauen, sondern mit Vertrauen zum neuen Staat erfüllen. Ich hege keine Abneigung gegen die Oberlehrer oder gar gegen die höheren Schulen. Ein neues einzuführendes Lehrfach in den höheren Schulen ist die Staatsbürgerkunde. Das Hineintragen parteipolitischer Verhetzung in die Schule kann ich keinesfalls dulden. Nun noch eins: Die Koalition ist eine Zwangsehe, hervorgegangen aus der Not des Vaterlandes. Ich bitte darum, besonders die Herren aus der Mitte, den innerhalb der Koalition entstandenen Konflikt nicht auf die Spitze zu treiben. Es muß uns allen Gegenstand der Sorge sein, daß die Koalition nicht in die Brüche geht. Wir stehen im Anfang einer ernsten Krise. — Abg. Frau Dr. Spohr (D. Natl.): Der Ausgestaltung der Frauenschule muß noch besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden. Die Privatschule wollen wir nicht beseitigt sehen. Die Rednerin nimmt sich dann besonders der Hilfslehrerinnen an. — Ein Antrag, den Ausdruck „Elementarschule" allgemein durch „Volksschule" zu ersetzen, wird angenommen, ebenso ein Antrag auf Beseitigung der Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Angestellte, ferner Anträge auf Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften und auf Erhaltung der historischen und künstlerischen Räume des früheren königlichen Schlosses in Berlin und Verwendung der übrigen Räume zu Museumszwecken. Auch die übrigen zahlreichen Anträge des Haushaltsausschusses werden fast durchweg angenommen, ebenso der Antrag Adolf Hoffmann auf Aufhebung der Ehelosigkeit der Lehrerinnen und Beamtinnen. Der Rest des Unterrichtsetats wird genehmigt. — Samstag 12 Uhr kleinere Haushaltspläne.

•

Die Krise im Mehrheitsblock.

Wie die „Voss. Ztg." von unterrichteter Seite erfährt, wurde durch Verhandlungen innerhalb der Zentrumspartei die Grundlage für eine Einigung über die strittigen Fragen, die anläßlich der Verhandlung des Kultusetats zu einer Zuspitzung der innerpolitischen Lage in Preußen geführt hätten, geschaffen. Diese Einigung ist im wesentlichen durch die Bemühungen der Abgg. Trimborn und v. Rechenberg zustande gebracht worden.

Vom Betriebsrätegesetz.

Bei der zweiten Lesung des Betriebsrätegesetzes im Ausschuß der Nationalversammlung wurden die strittigen §§ 34-35 im wesentlichen nach den Beschlüssen der ersten Lesung erledigt. Damit ist die Entsendung von 1 oder 2 Mitgliedern des Betriebsrates in den Aufsichtsrat auch in zweiter Lesung angenommen worden. Bezüglich der Bilanzvorlage wurde beschlossen, daß es sich dabei lediglich um die Betriebsbilanz, Betriebs-, Gewinn- und Verlustrechnung handelt und daß diese Bestimmung nur Anwendung findet bei Betrieben mit mindestens 50 Angestellten oder 300 Arbeitern. Angenommen wurde ferner ein demokratischer Antrag, der die Lohnbücherunterlage nur als Unterlage zur Durchführung von Lohnbewegungen und Tarifverträgen fordert. Bis auf die Entscheidung über einzelne noch strittige Punkte wurden die **übrigen Bestimmungen des Gesetzes in zweiter Lesung angenommen.**

Sitzung des Reichsrats.

Im Reichsrat wurde gestern der Gesetzentwurf über die Beschäftigung von Schwerkriegsbeschädigten angenommen, wonach jeder Arbeitgeber verpflichtet ist, einen Schwerkriegsbeschädigten, der für einen frei gewordenen Arbeitsplatz geeignet ist, andern Bewerbern vorzuziehen. Außerdem ist der Arbeitsminister berechtigt, anzuordnen, daß private Arbeitgeber bestimmte Arten von Arbeitsplätzen, die für Schwerkriegsbeschädigte besonders geeignet sind, frei zu halten. — Angenommen wurde ein Gesetzentwurf zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen im Auslande. — Namentlich in den Ententeländern sind Zweifel geäußert worden, ob die deutsche Regierung mit der nötigen Tatkraft gegen Straftaten vorgehen werde, die von Deutschen gegen feindliche Staatsangehörige begangen worden sind, namentlich auch im besetzten Auslande.

Besteuerung von Inseraten und Plakaten.

Verteuerung der Hotelpreise.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für die Umsatzsteuer beschloß die Erhebung einer Plakatsteuer von 5 %. Auch die Inseratensteuer wurde grundsätzlich angenommen. Sie beträgt 10 %, ermäßigt sich aber bei den ersten 100 000 Mark Einnahme jährlich auf 2 %, für die nächsten 100 000 Mark auf 3 % usw. bis 9 %. Nach einem Antrag Spahn (Ztr.) wurden die Anzeigen, die sich auf öffentliche Wahlen beziehen, steuerfrei gelassen. Ein weiterer Artikel, der eine Umsatzsteuer von zehn Prozent für die Aufenthaltsgewährung in Gasthöfen, Pensionen usw. und für die Aufbewahrung von Geld, Wertsachen enthält, wurde im ganzen angenommen, nachdem auf Antrag der Sozialdemokraten noch die Vermietung von Reittieren hinzugefügt war. Für die Gashofsteuer wurde auf sozialdemokratischen Antrag die Voraussetzung dahin bestimmt, daß das Entgelt für den Tag mindestens 5 Mark (in der Vorlage 3 Mark) beträgt.

Dr. v. Frauendorfer über Eisner.

Aus dem Mordprozeß Lindner.

München, 12. Dezember.

Am Zeugentisch erschien unter großer Spannung der Staatsminister Dr. v. Frauendorfer. Er erklärte, als er über den dem Attentatstage vorangehenden Ministerrat sprach: Im Ministerrat fiel mir der scharfe Ton auf bei den Auseinandersetzungen zwischen Eisner und Auer. Eisner stand unter dem Eindruck, daß es mit seiner Macht endgültig zu Ende sei. Seine ungeheure Eitelkeit, das Bedürfnis, in Bayern die erste Rolle zu spielen, stachelte ihn zu dem Versuch, sich mit allen Mitteln zu halten. Er hatte das Empfinden, daß Auer ihn aus dieser Stellung zu beseitigen versuchte. Jedes Kind mußte sich sagen, daß, wenn die Dinge so weiter gingen, über Bayern schweres Unheil kommen mußte. Die Unentschlossenheit Eisners, seine kindliche Art Politik zu machen, etwas durchzuführen, wovon er nichts verstand, und seine Verantwortungslosigkeit kennzeichnen diesen Mann. Er sah gerade in Auer seinen Gegner, dessen hervorstechendster Charakterzug ein großes Verantwortlichkeitsgefühl war. Eisner hat sich in der Sitzung sehr heftig gegen Auer gewendet. Die Selbstbeherrschung, die Eisner ja nur in sehr geringem Maße besaß, ging dabei vollständig verloren. Ich erinnere mich genau, daß er dabei wiederholt sagte: „Auer, ich warne Sie, Sie wissen nicht, was vorgeht!" (Bewegung.) Daraus habe ich den Schluß gezogen, daß Eisner Vorbereitungen getroffen hatte, um den Landtag unschädlich zu machen und zur völligen Untätigkeit zu verdammen.

Frauendorfer äußert sich scharf über den Ratgeber Eisners, den Sekretär Steckenbach, der einen unheilvollen Einfluß geübt habe, und bekundet auf eine Frage des Vorsitzenden, das Attentat auf Auer wäre auch ohne den Mord an Eisner gekommen. Gewiß war Eisner ein bedeutender Mann, sagt Frauendorfer, aber kein Staatsmann. In der Ministerratssitzung am 20. Februar hat er sich benommen, als sei er außer Rand und Band. Und im Ministerium des Äußern hatten sich unter seiner Leitung allmählich Zustände entwickelt, die die reinste Bordellwirtschaft waren. **Und Eisner hat mit offenen Augen dem allen zugesehen.**

Industrie und Steuergesetzgebung.

„Übereilt und planlos."

Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat an die Regierung eine Entschließung gerichtet, in der es heißt:

„Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie verwahrt sich nachdrücklich gegen die übereilte und planlose Art, in der die Regierung versucht, die erforderlichen Steuerlasten des deutschen Volkes zu erheben. Die deutsche Industrie ist von der Notwendigkeit größter Opfer für die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit des Reiches und für die Erfüllung der Friedensbedingungen überzeugt und durchaus bereit, auch schwere Abgaben vom Besitz und Einkommen zu leisten. Sie muß aber nochmals eindringlich davor warnen, daß diese Abgaben, wie es im Reichsnotopfer und in den darauf gehäuften neuen Steuerentwürfen der Fall ist, die ganze deutsche Wirtschaft blutleer und die Gesundung unserer Produktionskräfte unmöglich machen. Es ist völlig unrichtig, daß sich die Vertreter der deutschen Industrie für das Reichsnotopfer und gegen die Zwangsanleihe ausgesprochen hätten. Entscheidend für die Stellungnahme der deutschen Industrie gegen das Reichsnotopfer ist aber nicht sowohl seine Steuerwirkung als vielmehr die Tatsache, daß auch heute noch keine Sicherheit für die Verwendung des Ergebnisses zum Nutzen der Reichsfinanzen besteht. Solange damit gerechnet werden muß, daß dieses Ergebnis von den Gegnern lediglich als Abschlagszahlung auf eine ihrer Höhe nach unbestimmte Entschädigungsforderung in Anspruch genommen wird, kann einem solchen Eingriff in die Substanz unseres Produktivkapitals nicht scharf genug widersprochen werden."

Auch der Feind leidet.

Frankreichs Kohlen- und Valutasorgen.

Es ist nur ein magerer, aber immerhin ein Trost, daß unter den Nachwehen des Krieges nicht nur der Besiegte, sondern auch der Sieger leidet und daß seine Leiden den unsrigen gleichen wie ein Schmerz dem anderen. Aus Paris wird gemeldet:

Die Kohlen- und die Währungsfrage nehmen in Frankreich bedrohliche Formen an. Es steht fest, daß bereits in den nächsten Tagen mindestens alle Expreßzüge ausfallen werden. Ab Januar können die Haushaltungen nicht mehr mit Kohle versorgt werden. Die Einführung der Brotkarte und eine namhafte Erhöhung des Brotpreises stehen in Paris unmittelbar bevor. Des Nachts fehlt überall die Beleuchtung. Die Unsicherheit in den Straßen und auf den Bahnhöfen ist unerträglich. Der Frankkurs hat innerhalb dreier Monate auf dem Schweizer Markt 100 Punkte verloren.

In seiner Not, so heißt es in der Meldung weiter, erwartet Frankreich die Hilfe Englands. Daher die Reise Clemenceaus nach London. Es ist aber fraglich, ob England wird helfen können. Denn englische Korrespondenten, die in Paris eingetroffen sind, erzählen, daß England weder Nahrungsmittel noch Kohle schicken kann, weil es darin selbst großen Mangel leidet.

•

Forderung eines Weltkredits.

In der englischen Wochenschrift „Haagsche Post" wird die Organisation einer Weltanleihe als einziges Mittel bezeichnet, die Welt zu retten. Der Verfasser macht folgenden Vorschlag:

„Wir sollen den Völkerbund gründen, ihn jedoch auf mündige, erwachsene Nationen beschränken. Diese Nationen nehmen gemeinsam alle andern unter ihre Vormundschaft, bis sie allmählich wirtschaftlich wie politisch reif zur Selbstverwaltung werden . . . Alle Länder, die Kolonien haben, werfen diese mit in den Topf — natürlich unter Wahrung des Privatbesitzes und der übrigen Interessen ihrer Untertanen. Ihre intensive Nutzbarmachung und Entwicklung wird Weltaufgabe, wird Völkerbundsache. Und diese unmündigen Länder müssen das Unterpfand für eine Völkerbund-Anleihe werden, die die Kriegsschuld von allen Ländern, Siegern und Besiegten und Neutralen, ersetzen soll. Die von den Mittelmächten zu zahlende Entschädigung muß gleichfalls mit in die dieser Weltanleihe und unter Aufsicht des Rats möglichst schnell, mit besonderer Verpfändung der russischen, deutschen und österreichischen Eisenbahnen, Wälder und gegebenenfalls der Bergwerke, beglichen werden.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 16. Dezember.

□ **Höchstmieten.** Die Anordnung über die Festsetzung einer Höchstgrenze für Mietszinssteigerung wird in Kürze veröffentlicht werden. Sie richtet sich vor allem gegen den Mietwucher, der besonders in den Provinzstädten zutage getreten ist. In Berlin betragen die bisher bewilligten Zuschläge im Mittel von 10 bis 20 %, in kleineren Orten dagegen bis zu 100 %. Auch sind mit der zunehmenden Wohnungsnot außerhalb der Mietseinigungsämter noch Wuchermieten gefordert und bewilligt worden. Auch gegen solche Vereinbarungen war die Verordnung notwendig. Sie enthält hauptsächlich folgende Bestimmungen: Die Höchstgrenze für Mietszinssteigerung wird durch die Gemeindevorstände festgesetzt. Gegen die Festsetzung ist ein staatliches Einspruchsrecht gegeben, das ausgeübt werden soll, falls die Höchstgrenze unter 15 % und über 20 % festgesetzt wird. Falls die Vermieter mit diesen Zuschlägen nachgewiesenermaßen nicht auskommen, so ist eine Beteiligung der Mieter an den Kosten der Anstand-

Hallig Hooge.

Ein Nordsee-Roman. Von Anny Wothe.

(Nachdruck verboten.)

Amerikanisches Copyright 1917 by Deutsche Verlagsanstalt, in Stuttgart. 58

„Das ist schlimm", meinte der Bruder. „Mir wird bange, wie haltlos es zwischen den dunklen Wellen auf und nieder geworfen wird. Jetzt ist es gerade zwischen den Untiefen, auf gefährlichem Grund. Siehst du, es legt sich auf die Seite."

„Steuer in Lee!" rief Britta aus, und dann verfolgte sie mit starren Augen, wie Mast auf Mast umknickte, wie das Schiff im Kreise herumgewirbelt wurde, und nicht mehr mit dem Winde fuhr, sondern daß der Bugspriet gegen den Wind stand.

„Sie sind verloren," murmelte Britta.

„Möchten sie doch Anker werfen und die Flut abwarten", entgegnete Ow, „so kommen sie nimmer an Land."

Britta suchte immer wieder besorgt das Fahrzeug, aber die Dunkelheit nahm zu — sie konnte nichts mehr sehen und das Herz war ihr tief beklommen.

Der Sturm heulte und die Wogen schlugen immer höher. Der Verkehr von einer Warft zur anderen war auf Hallig Hooge längst unterbrochen. Da rauschten nur wilde Wasser und jeder saß in seinem Haus und horchte auf das Sturmlied, das von Tod und Verderben sang.

Sie wußten es alle. Manch Eiland war schon untergegangen, wenn der Sturm und die Springflut kam und wer weiß, wie bald es um Hallig Hooge geschehen. Doch sie zitterten nicht, die Halligmänner und -frauen. Sie harrten in Ruhe des Unabänderlichen. So war es immer auf der Hallig gewesen. Hier und da schimmerte ein Lämpchen und der weiße Schaum spritzte hoch bis zum Dach.

Da stieg Britta die Stiege hinan bis zur Kammer. Ein Licht wollte sie dorthin stellen wie einst, dem Schiffer, der in Gefahr, den Weg zu weisen.

Und sie stellte ein zweites Licht auf und ein drittes, dann ging sie wieder hinab.

Sie hatte nicht Ruhe nicht Rast. Mit dem Oelzeug angetan, die Laterne in der Hand, begibt sie sich zur Tür.

Die Wogen zischen um ihre Füße. Sie versucht, sich an der Mauer entlang zu tasten, aber der Wind fährt in ihre Kleider und ein Wogenschwall ergießt sich über sie. Zurück muß sie ins Haus.

Stumm mit wachsender Angst legt sie die paar Schritte zurück. Schnell kleidet sie sich um, dann tritt sie in den Pesel, wo Ow andächtig in der Bibel liest.

Die Fenster sind fest verrammelt. Britta weiß, wenn der Sturm nicht nachläßt, wird in ganz kurzer Zeit der Pesel voll Wasser sein.

Sie müssen hinauf, vielleicht auf's Dach. Sie will den Bruder vorbereiten, doch er blickt ihr still und ernst entgegen, als wüßte er, was sie sagen wollte, und seine Stimme klingt feierlich durch die Stube:

„Rufe mich an in der Not,
So will ich dich erretten
Und du sollst mich preisen."

Da neigte sie in tiefer Demut ihr blondes Haupt, während das Meer wild schäumend gegen die Warft donnerte, das Haus in seinen Grundfesten erschütternd.

— — — — — — — — — —

Das Segelschiff, das Britta Erkel gesehen, als der Abend sank, kämpfte noch immer gegen den Sturm, aber der Kapitän Pitt Lüders sah bereits ein, daß alles Mühen gegen sein Wüten vergeblich war, daß der wilde Nordost sein Schiff kreuz und quer warf und immer tiefer in die Flut drückte.

Klar und knapp gab er seine Befehle. Seine Mannschaft führte sie wohl aus, doch es half nichts. Das Schiff blieb ein willenloser Spielball der Wellen, die es jäh emporhoben, um es dann wieder in den tiefsten Abgrund zu schleudern.

Achtern klammerten sich ein Mann und eine Frau eng umschlungen, beide im Oelzeug, fest aneinander, um nicht von den über das Deck brechenden Sturzwellen hinweggespült zu werden.

Der Mann sah finster drein.

„So soll zuletzt noch alles zuschanden werden, Hiltrud", sagte er mit knirschenden Zähnen. „Wir werden Hallig Hooge nie wiedersehen."

„Doch, ich glaube es, Holm", gab Eike zuversichtlich zurück, sich den weißen Saum aus dem Antlitz wischend, „es kann ja gar nicht anders sein."

Pitt Lüders trat hinzu und meinte: er könne seinen Posten nicht verlassen, er müsse aushalten auf dem Schiff. Er wolle indessen die Jolle herablassen. Zwei Matrosen und der gnädige Herr können rudern und Eike müsse steuern. Sie allein kenne die Lage auf Hallig Hooge genau, um überhaupt eine Einfahrt zu ermöglichen.

Eike war sofort bereit.

Holm aber sagte, innig die Schwester umfassend:

„Bedenke, Kind, es ist wahrscheinlich für uns alle der sichere Tod."

„Dann werden wir vielleicht auf dem überschwemmten Land von Hallig Hooge enden", gab sie kurz zurück. „Das wäre ein schöner Tod."

Holm sprach nichts mehr. Die Jolle wurde herabgelassen.

Eike saß am Steuer, mit dunklen Augen scharf auslugend, um die Finsternis zu durchdringen.

Die Männer legten sich fest in die Riemen und hoch emporgeschleudert von riesigen Wasserbergen und wieder in die Tiefe sinkend, flog das kleine Boot dahin.

„Gott sei ihren Seelen gnädig, wie der meinen", betete Pitt Lüders. Dann trieb sein Schiff planlos in die Ferne.

Eike sah nichts wie ein, zwei, drei Lichter. Das nur konnte die Schulwarft sein. Die Männer ruderten mit Riesenkräften und Eikes kleine Hand führte das Steuer.

„Du mußt das Tau nehmen, Holm, wenn ich es dir sage," flüsterte sie, „und du mußt den Mut haben, sofort ins Wasser zu springen, wenn es Zeit ist. Wir sind dann an der Warft und du mußt suchen, das Tau an irgend einem Pfahl oder Türpfosten zu befestigen, damit sich dann das Boot heranziehen läßt."

Eikes Sicherheit — er nannte die Schwester auch lieber Eike als Hiltrud, weil der Name ihn an Hallig Hooge erinnerte — setzte ihn in Erstaunen. Die Energie und Umsicht der Kleinen verblüffte ihn geradezu, aber sie weckte auch seine Tatkraft. Nein, er wollte nicht untergehen. Bis zum letzten Augenblick wollte er den Kampf mit den entfesselten Elementen aufnehmen. Und mit erneutem Mut ging er ans Werk. Alle Muskeln strafften sich, alle Kräfte, schon halb erlahmt, setzte er von neuem ein. Auch ihn leitete das Licht. Das Licht von Hallig Hooge.

(Schluß folgt.)

Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft Deutschlands.

Siedlungsprojekte und Kohlenförderung.

Im großen Sitzungssaale des Herrenhauses begann gestern vormittag eine auch auf den Tribünen gut besuchte Tagung der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Die Verhandlung wurde eröffnet und geleitet von Geheimrat Vorsig, der u. a. sagte, daß man hoffe, den Schlußstein zu dem Werk zu legen, welches für das Vaterland bedeutungsvoll und die deutsche Wirtschaft ihrer Gesundung entgegenführen werde. Der Vorsitzende des Gewerschaftsbundes, Legien, erstattete darauf einen Bericht, in dem er die Ursachen, die zur Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft geführt hätten, schilderte. Am 15. November 1918 trat die Arbeitsgemeinschaft offiziell auf den Plan und fand bei Ministerien und Behörden Entgegenkommen. Es seien 14 Reichsarbeitsgemeinschaften für die wichtigsten und größten Industrien gegründet worden. Leider sei diese Organisation vorgestern durch die Gründung einer Zentralarbeitsgemeinschaft für Transport- und Verkehrsgewerbe durchbrochen worden. Herr Krämer sprach über die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft in Gegenwart und Zukunft. Die Zentralarbeitsgemeinschaft habe unablässig an der Hebung der Kohlenförderung gearbeitet. Wenn der von der Zentralarbeitsgemeinschaft aufgestellte Plan, der gegenwärtig der Regierung vorliegt, und das großzügige Siedlungsprojekt enthält, angenommenn wird, dann können 150 000 Arbeiter mehr in die Steinkohlenreviere und 50 000 Arbeiter mehr in die Braunkohlenreviere hineingebracht werden. Dann wäre zu hoffen, daß im nächsten Jahre rund 80 Millionen Tonnen Kohlen mehr gefördert werden können. Die Eisenbahn sei gegenwärtig mit rund 90 Prozent ihrer Kohlenanforderung beliefert. Sie leiste jedoch nur 38—40 Prozent ihrer früheren Leistung. Fast 39 000 Tonnen Kohlen erhielte die Eisenbahnverwaltung täglich und doch könnte sie keine Kohlen ansammeln. Der Redner verlangt weiter eine planmäßige Verteilung der Kohlen an die Rohstoffabriken. Im nächsten Jahre würden wir voraussichtlich vom Auslande keinen Kredit mehr erhalten, um Lebensmittel zu kaufen. Deshalb müßten unsere Stickstoff-Fabriken jetzt so mit Kohlen beliefert werden, daß die Landwirtschaft ausreichende Düngemittel erhält. Andernfalls gehen wir einer Hungersnot entgegen.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Berliner Produktenbörse.** Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 11. Dezember: Hafer für 1000 Kilogramm loko 1960—2000 Mark ab Speicher frei Wagen, 1960—2000 Mark ab Bahn. Tendenz steigend. Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 340—390 Mark, gelbe und grüne Erbsen 260—330 Mark, Bohnen, weiße inländische 360—400 Mark, Peluschken 175—185 Mark, Pferdebohnen 185—195 Mark, Wicken 110—140 Mark, Lupinen, gelbe 58—62 Mark, blaue 54—57 Mark, Seradelle 110—130 Mark, Wiesenheu lose 34—37 Mark, Kleeheu 40—42½ Mark, Stroh, drahtgepreßt 16—17 Mark, gebündelt 12½—14 Mark, Runkelrüben je nach Abladestation 5¼—6½ Mark, Kohlrüben, gelbe 5¼—6¾ Mark, weiße 5—5¼ Mark, Möhren, rote 9¼—9¾ Mark.

* **Riesenertrag der Zigarettensteuer.** In den ersten sechs Monaten des laufenden Rechnungsjahres, April — September, sind den Nachweisungen des Statistischen Reichsamtes zufolge an Zigarettensteuer rund 110 Millionen Mark, an Kriegszuschlag rund 187 Millionen Mark, insgesamt 297 Millionen Mark, vereinnahmt worden. Im Haushaltplan ist die Einnahme für das ganze Jahr auf 420 Millionen Mark (gegen das Vorjahr 126 Millionen Mark mehr) veranschlagt. Der Etatsansatz dürfte also durch die wirkliche Jahreseinnahme erheblich überschritten werden. Im letzten Friedensjahr (1914) betrug das Aufkommen aus der Zigarettensteuer rund 40 Millionen Mark. Für 1919 dürfte mit dem Zwölf- bis Fünfzehnfachen des damaligen Ertrages zu rechnen sein.

* **Berliner Produktenbörse.** Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 12. Dezember: Hafer für 1000 Kilogramm loko —. Tendenz sehr fest, Verkehr unregelmäßig. Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 340—390 Mark, gelbe und grüne Erbsen 260—335 Mark, Bohnen, weiße inländische 360—400 Mark, Peluschken 175—185 Mark, Pferdebohnen 185—195 Mark, Wicken gelbe 59—63 Mark, blaue 55—58 Mark, Seradelle 115—135 Mark, Wiesenheu lose 34—37 Mark, Kleeheu 40—42½ Mark, Stroh, drahtgepreßt 16—17½ Mark, gebündelt 13—14½ Mark, Runkelrüben je nach Abladestation 5¾—6½ Mark, Kohlrüben, gelbe 6¼—7½ Mark, weiße 5—5¼ Mark, Möhren, rote 9½—10¼ Mark.

* **Verbot der Möbelausfuhr.** Nach Mitteilung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung ist die den Zollstellen erteilte Ermächtigung, Holzwaren ohne Ausfuhrbewilligung zur Ausfuhr zuzulassen, für Möbel und Möbelteile aus Holz mit sofortiger Wirkung zurückgenommen. Die Ausfuhr bedarf von jetzt ab wieder einer Ausfuhrbewilligung, deren Erteilung davon abhängig ist, daß die dem ausländischen Käufer berechneten Preise, mit Rücksicht auf den Kursstand, angemessen sind.

Leben und Wissen.

= **Der Stein der Weisen gefunden?** Der Leiter des astronomischen Observatoriums von Paris, Charles Noromann, schildert im „Matin" die letzte Entdeckung des englischen Physikers Rutherford, die den Menschen gestatten soll, den Traum zu verwirklichen, der umsonst die Alchimisten des Mittelalters quälte, nämlich die Umwandlung der unedlen Metalle in edle. Das auf diese Weise hergestellte Gold wird jedoch mehr kosten als das natürliche Metall. Ungeachtet der beschränkten praktischen Verwendung bedeutet die Entdeckung Rutherfords theoretisch einen ungeahnten Sieg der Wissenschaft, da es dem Menschen damit zum erstenmal gelingt, Metalle zu verwandeln.

= **Universität Jerusalem.** Vom 14. bis 16. Januar 1920 wird in Basel eine Konferenz jüdischer Gelehrter tagen, um über den Aufbau der hebräischen Universität in Jerusalem zu beraten. Die Konferenz soll über die folgenden Punkte beschließen: 1. Einrichtung des Unterrichts in den jüdischen und den philosophisch-philologischen Fächern. 2. Naturwissenschaftliche und medizinische Fakultät. 3. Juristische und soziologisch-nationalökonomische Fächer. 4. Organisatorische und technische Fragen. Lehrkörper und finanzielle Fundierung. Zu den hervorragenden Gelehrten, die ihre Teilnahme an der Beratung zugesagt haben, gehört auch der berühmte Physiker Professor Einstein.

= **Ausgrabung einer antiken Stadt auf Kreta.** Wie aus Athen berichtet wird, werden gegenwärtig durch den „Ephoren (Leiter) der Altertümer" Hazidakis Ausgrabungen auf Kreta vorgenommen, die zur Aufdeckung einer alten Stadt geführt haben. Man entdeckte in dem Dort Malia in der Nähe von Kandia die Ruinen eines alten Palastes, der aus der Zeit des Königs Minos stammt. Die ausgegrabenen Säulen sind mit goldenen Ornamenten geschmückt und tragen Inschriften. Einige Kilometer von dem Palast wurden Gräber gefunden, die Skelette enthalten. Man nimmt an, daß es sich hier um eine Ansiedlung aus der sogenannten präminoischen Periode handelt, die ganz neue Aufschlüsse über die Kultur des alten Kreta gewährt.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver in Westf.

Nachruf!

Am Freitag nachmittag entschlief sanft nach langem, schweren Leiden unser Ehrenmitglied

Herr Fritz Voss.

Wir verlieren durch diesen Heimgang einen Mitbegründer aus dem Jahre 1878. Aus Anlass seiner nie erlahmenden Pflichttreue, wurde er nach dreissigjähriger Mitgliedschaft im Jahre 1908 zum Ehrenmitglied ernannt. Herzliche Liebe, Hochachtung und ein ehrendes Andenken sichern wir ihm über das Grab hinaus.

Er ruhe in Frieden!

Halver, den 15. Dezember 1919.

M.-G.-V. u. Damenchor „Arion".
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Die alljährlich um die Weihnachtszeit vorkommenden Diebstähle an Weihnachtsbäumen schädigen oft die jungen Tannenbestände weit über den Wert der einzelnen Bäumchen hinaus.

Ich habe mich deshalb veranlaßt gesehen, die Sicherheitsbeamten anzuweisen, diesem Unfug auf das Entschiedenste entgegen zu treten und alle Fälle dieser Vergehen unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen.

Personen, die fragliche Bäume aus den Wäldern holen, haben sich deshalb mit einem schriftlichen Ausweis des Waldeigentümers zu versehen. Wer ohne diesen Ausweis angetroffen wird, hat die Beschlagnahme der Bäume und der Gerätschaften, sowie seine gerichtliche Bestrafung zu erwarten.

Halver, den 25. November 1919.

Der Amtmann.

Wasserwerk Halver und Schalksmühle.

Das Frostwetter macht es dringend erforderlich, zum Schutze der Hausleitungen und Wassermesser die Fenster und Türen, namentlich an den Kellern, zu schließen, auch die nicht frostfrei liegenden Wasserleitungsröhre des Abends zu entlehren.

Halver, den 6. November 1919.

Der Amtmann.

Bilderbücher
Malbücher
Jugendschriften
Jugendspiele

u. s. w. u. s. w.

empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

M.-G.-V. u. Damenchor „Arion", Halver.

Leitung: Herr Anton Jäger, Lüdenscheid.

Am 2. Weihnachtstage, Anfang 4½ Uhr nachm. im Saale des Herrn C. Theimann, Carlshöhe

Großes
Weihnachts-Konzert
mit nachfolgendem Ball.

Ausführende: Fräulein Lene Reuber (Sopran) Elberfeld,
Herr Anton Jäger (Begleitung)
Damenchor und Männerchor „Arion".
Musik: Lückmannsche Kapelle.

Unter anderem gelangt zur Aufführung:

„Das Glöcklein von Junisfär",
(Ein Weihnachtsabend im Schottland).

Eintrittspreise: Im Vorverkauf zum Konzert 1,50 Mk., an der Kasse 2,00 Mk, zum Ball für Damen und Herren 2,00 Mk.

Schulkinder, die nur in Begleitung ihrer Eltern oder Angehörige Zutritt haben, zahlen zum Konzert die Hälfte.

Karten im Vorverkauf sind erhältlich bei den Herren Friseuren Fritz Hedderich und Otto Abel, im Vereinslokal (Gasthof zum Löwen) sowie bei den Mitgliedern.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Verein der Aerzte
in den Kreisen Altena und Lüdenscheid

Durch Vereinsbeschluß fallen die Sprechstunden am Samstag nachmittag und am Nachmittag vor gesetzlichen Feiertagen aus.

Der Vorstand.

Zahn-Atelier Rogge, Kierspe-Bahnhof.

Fernsprecher Nr. 220.

Zahn-Ersatz mit und ohne Gaumenplatte. Reparaturen an Gebissen innerhalb wenigen Stunden. Plomben in allen Füllungen, gut und dauerhaft. Zahn- und Wurzelziehen mittels Betäubung. Zahnreinigen billigst.

Zugelassen bei den Krankenkassen. 2406

Kaufe laufend jeden Posten

Brennholz

waggon- u. fuhrenweise in ganzer Länge oder 1 Meter lang, Zopf 4 Ctm. aufwärts.

Mein Lagerplatz befindet sich am Staatsbahnhof in Halver.

J. Solbach, Holzhandlung, Halver,
(Gasthof zum Löwen). Telefon Nr. 100. 2347



Ob Industrieller, Kaufmann, Techniker od. Gewerbetreibender, ob Beamter od. Angestellter, Politiker od. Nichtpolitiker

jeder Gebildete u. Denkende über alle wichtigen Vorgänge des öffentlichen Lebens dauernd unterrichtet. Nur so ist man in der Lage, sein Verhalten politisch u. wirtschaftl. in richtiger Weise einzustellen. Bestellen Sie daher sofort für **das nächste Quartal die R. W. Z.** Hier finden Sie die Tageszeitung großen Stils, welche Sie über alle wichtigen Weltereignisse u. unser gesamtes deutsches Wirtschaftsleben schnell, zuverlässig u. lückenlos unterrichtet. **Bestellungen auf die R. W. Z.** richtet man an die bekannten Geschäftsstellen und Hauptvertretungen, da, wo nicht vertreten, an die Post.

Der Bezugspreis beträgt M. 3.00 pro Monat bei wöchentl. 18 Ausgaben.

Verlag der Rhein.-Westf. Zeitung Essen

Kranken- u. Sterbekasse Halver.

Zur Teilnahme an der Beerdigung unseres langjährigen Vorstandsmitgliedes

Fritz Voss

wollen sich die Mitglieder heute, Dienstag, den 16. Dezember, mittags 1 Uhr, im Vereinshause Fasbender recht zahlreich einfinden.

Da uns der Sterbefall nicht mitgeteilt ist, wir denselben vielmehr erst durch die Zeitungen erfahren, so konnten wir zu unserm grössten Bedauern die Einladung erst in der heutigen Nummer ergehen lassen.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Ortsgruppe Halver.

Versammlung

am Mittwoch, d. 17. Dez. abends 8 Uhr im Lokale Fasbender.

Allseitiges Erscheinen unbedingt erforderlich

Der Vorstand.

Markttaschen
kauft man preiswert bei
Wilh. Bell jr., Halver.

Zu verkaufen:
2 Bettstellen mit Matratzen
1 Nachtkonsole,
1 Kleiderschrank,
1 Buffetschrank,
1 Spiegel,
1 Schließkorb.
Rich. Schneider,
Kierspe-Bhf.

Vollst. Kinderbett

zu verkaufen.

Wo sagt die Geschäftsstelle des „Allg. Anz.", Halver.

Elektr.
Christbaum-Beleuchtung
zum Weihnachtsfeste
vorrätig
Wilh. Himmen, Halver.

Extra starke
Handwagen
(Kasten- u. Leiterwagen)
zu haben bei
Wilh. Bouneke,
Halver, Eichholz 7.

Erhielt einen Waggon
Steckrüben
Fritz Bangert, Halver.
Fernsprecher 284.